

Vor 25 Jahren in der DDR: 17. Juni 1953 Volksaufstand für die Freiheit

Aus dem Streik der Bauarbeiter von der Ostberliner Stalinallee gegen die 10 %ige Arbeitsnormerhöhung am 16. Juni entwickelte sich am 17. Juni der Volksaufstand in der gesamten DDR, in dessen Verlauf es in mehr als 250 Orten, darunter allen Industriezentren, zu Streiks und Demonstrationen kam. Die ursprünglichen wirtschaftlichen Forderungen schlügten rasch in weitgehende politische Forderungen (z. B. Rücktritt der Regierung und freie Wahlen) um. Der unbewaffnete Aufstand wurde von kasernierter Volkspolizei und vor allem von sowjetischen Truppen und ihren Panzern niedergeschlagen. Danach 25 bis 30 Todesurteile, rund 1 200 Verhaftete, Verfolgung der Demonstrationsteilnehmer, scharfe Säuberungen in der SED, der Gewerkschaft und der Volkspolizei.

Helmut Kohl zum Tag der deutschen Nation:

„Laßt uns jener Deutschen gedenken, die in den Tagen um den 17. Juni 1953 im Feuer kommunistischer Panzer und Maschinengewehre ihr Leben lassen mußten, weil sie frei sein wollten, frei von einer Herrschaft, deren Träger niemand gerufen hat. Sie starben, weil sie ein menschenwürdiges Leben führen und nicht ihr Recht auf Selbstbestimmung und Selbstentfaltung gegenüber einer menschenfeindlichen Ideologie aufgeben wollten.“

Panzer und Maschinengewehre waren die Antwort der Kommunisten auf den Ruf nach mehr Freiheit und Menschlichkeit.

Mauer, Stacheldraht und Todesmaschinen — das ist bis heute die Realität der sozialistischen deutschen Republik.

Wenn wir über diese Unmenschlichkeiten mitten in unserem Vaterland schweigen, verraten wir nicht nur unsere Mitbürger in der DDR, sondern wir üben Verrat an unseren eigenen Überzeugungen und Prinzipien.

Der 17. Juni ist deshalb für uns nicht nur ein historisches Datum. Der 17. Juni ist für uns ein unverzichtbarer Tag nationaler Politik.“

Die Politik der CDU für Deutschland

Helmut Kohl in seiner Rede zur Lage der Nation, Bundestagsdebatte am 9. März 1978:

„Erstens: **Im Kern der deutschen Frage geht es für uns um die politische Freiheit unseres ganzen Volkes** . . . Jede durch freie Wahl legitimierte deutsche Regierung hat die Pflicht, vor den Völkern der Welt zu garantieren, daß es auch für einen zukünftigen gesamtdeutschen Staat keinen anderen Weg als den der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie gibt.

Zweitens: **Freiheit und Nation sind untrennbar.** Dahinter steht die Erfahrung der deutschen und der europäischen Geschichte, in der die nationalstaatlichen Zielvorstellungen in engem Einklang mit der republikanischen und demokratischen Zielvorstellung standen.

Drittens: **Die Einforderung der Menschenrechte bleibt unverzichtbar.** Sie ist keine Einmischung in die Politik anderer Staaten. Die Forderung nach Freiheit kann nicht an Grenzen halmachen, wo immer die Grenzen liegen mögen. Ob die Diktaturen faschistischer oder kommunistischer Art sind — Diktatur bleibt Diktatur!

Viertens: Wer im Entspannungsprozeß Grundsätzliches regeln will, muß **Klarheit im Grundsätzlichen** vermitteln. Sonst wird Entspannung zur Einbahnstraße.

Fünftens: Verständigung gründet auf der Verlässlichkeit des gegebenen Wortes und auf dem **Gleichgewicht der gegenseitigen Leistungen**. Denn ein Partner, der in der Lage ist, seine Interessen einseitig durchzusetzen, wird nur noch in geringem Maße einsehen, daß Rücksichtnahme sinnvoll ist.“

Deutschlandpolitische Arbeit der Union

Deutschlandtag der CDU, 8. März 1977:

Mit einem Deutschlandtag hat die CDU auf ihrem 25. Parteitag im März 1977 der Deutschlandpolitik einen neuen Anstoß gegeben. Zusammen mit Wissenschaftlern und Publizisten diskutierten die Delegierten die zentralen Probleme der Deutschlandpolitik.

Die SPD hat dagegen in den vergangenen Jahren keine einzige bundesweite Veranstaltung mehr durchgeführt, in der die Deutschlandpolitik im Mittelpunkt stand.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Seit dem Deutschlandtag der CDU hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Deutschlandpolitik

3 große parlamentarische Anfragen,
4 kleine Anfragen,
6 umfangreiche Stellungnahmen,
3 Entschließungsanträge

gestellt bzw. eingereicht und in 9 Fragestunden des Parlamentes deutschlandpolitische Themen behandelt. Zu allen aktuellen deutschlandpolitischen Ereignissen hat die Fraktion gegenüber der Öffentlichkeit ihre Haltung dargelegt. Vor allem ihrer Initiative ist zu verdanken, daß die Deutschlandpolitik nicht aus den Debatten des Bundestages verschwand.

Verglichen mit dem äußerst geringen Arbeitsaufwand der SPD- und FDP-Fraktion für die Deutschlandpolitik (z. B. **keine** Anfragen und Entschließungsanträge) beweist diese Aktivität der Unions-Fraktion das große Engagement der CDU für die Belange unseres Vaterlandes.

Weißbuch über die Menschenrechte:

Im Oktober 1977 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein umfangreiches „Weißbuch über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa“ veröffentlicht. Das Weißbuch erzielte weltweite Beachtung. Es wurde in die Materialiensammlung der USA für das KSZE-Nachfolgetreffen in Belgrad aufgenommen. Die SPD/FDP dagegen weigerte sich, an dieser Menschenrechtsdokumentation mitzuarbeiten, und verhinderte, daß das Weißbuch zur offiziellen Drucksache des Deutschen Bundestages erhoben und damit in Belgrad als offizielles Dokument der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt werden konnte.

Die Deutsche Nation

Die CDU:

Die CDU hat der Idee von der bestehenden deutschen Nation, für die der 17. Juni 1953 lebendiges Symbol ist, neue Kraft verliehen:

Prof. Erdmann auf dem Deutschlandtag:

„Die Nation ist eine durch das Bewußtsein gemeinsamer Geschichte geprägte Gesellschaft, die auf Demokratie angelegt ist und sich durch allgemeinmenschliche Normen der Humanität gebunden weiß, wie sie sich in den Rechteerklärungen spiegeln.“

Dazu aus der **Deutschlanderklärung der CDU vom 8. März 1977:**

„Wir werden die geschichtlichen, geistigen und kulturellen Gemeinsamkeiten der Nation für alle Deutschen bewahren und lebendig halten. Geschichtslosigkeit und ideologische Verfälschungen werden wir nicht hinnehmen. Für uns ist es eine vordringliche Aufgabe, das Geschichtsbewußtsein zu vertiefen und den Unterricht

entsprechend zu gestalten. Persönliche und familiäre Bindungen unter allen Deutschen festigen den Zusammenhalt des ganzen deutschen Volkes. Wir fordern unsere Landsleute auf, jede Gelegenheit zu Begegnungen mit den von uns getrennten Deutschen zu nutzen. Dies gilt vor allem auch für die innerdeutsche Begegnung der Jugend; sie ist eine wichtige Voraussetzung, das Bewußtsein der Einheit der Nation zu erhalten.“

Die SPD/FDP-Regierung: Kanzleramtsstudie

Während des Bundeswahlkampfes 1976 wurde im September dieses Jahres im Kanzleramt mit Wissen von Kanzler Schmidt eine „Analyse zur weiteren Entwicklung der Deutschlandpolitik“ erstellt — die berüchtigte Kanzleramtsstudie. Die Verfasser kamen in bezug auf die deutsche Nation zu ungeheuerlichen Feststellungen:

— „Ganz sicher ist drüben schon seit den 50er Jahren ein eigenes Staatsbewußtsein gewachsen; der Westen ist nicht mehr das gelobte Land . . .“

— „Wir müssen auf lange Sicht mit dem Schlimmsten rechnen: Mit dem Aufbau einer aggressiven Feindschaft . . . auf Dauer auch zwischen den Bevölkerungen der beiden Teilstaaten.“

Was die Kanzleramtsstudie einzureden versucht, liegt deutlich auf der Linie des SED-Regimes in der DDR.

Das SED-Regime der DDR:

Am 26. November 1977 formulierte das SED-Politbüromitglied Kurt Hager auf einer ZK-Konferenz der SED:

„Die Wortführer des Imperialismus in der BRD wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich in der DDR mit der sozialistischen Umwälzung auch die sozialistische deutsche Nation herausgebildet hat, die fest und unwiderruflich in der Gemeinschaft sozialistischer Nationen verankert ist.“

(FAZ, 27. November 1976)

Die Opposition in der DDR:

Im berühmten „Manifest der ersten organisierten Opposition in der DDR“, das am 2. und 9. Januar 1978 vom „Spiegel“ veröffentlicht wurde, kam zum Ausdruck, was die Deutschen in der DDR über die deutsche Nation tatsächlich denken und durch Fluchtversuche, Ausreiseanträge, Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und durch das schwere Los als politischer Gefangener in den berüchtigten DDR-Zuchthäusern tagtäglich eindringlich beweisen: „Noch haben die Sowjets ihr Ziel

der Verewigung der deutschen Spaltung nicht erreicht. Auch die Deutschlandpolitik der SED-Spitze ist bisher gescheitert.

Kein Konzept konnte die Spannungen an der Grenze und um die Grenze lösen. **Keine pseudotheoretischen Haarspaltereien um die Nation schaffen das praktisch ungelöste nationale Problem aus der Welt.** Damit bleibt für den Weltfrieden ein gefährlicher Spannungsherd trotz aller Entspannung auch weiterhin bestehen.“

Europa und die Wiedervereinigung:

Im Februar 1978 kam eine große, im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Umfrage in 8 europäischen Nachbarländern der Bundesrepublik (10 300 befragte Personen) zu folgenden ermutigenden Ergebnis. Für eine deutsche Wiedervereinigung sprachen sich **grundsätzlich** aus:

in Schweden 87 %, 4 % dagegen;
 in den Niederlanden 72 %, 11 % dagegen;
 in Großbritannien 66 %, 15 % dagegen;
 in Griechenland 66 %, 10 % dagegen;
 in Dänemark 64 %, 11 % dagegen;
 in Frankreich 58 %, 19 % dagegen;
 in Italien 49 %, 9 % dagegen.

Zum Vergleich in den USA: 65 % dafür, 11 % dagegen.

Das klare Bekenntnis der CDU für die Einheit Deutschlands steht in vollem Einklang mit der Haltung der großen Mehrheit unserer westlichen Nachbarn und ehemaligen Kriegsgegner zur deutschen Frage.

Die innerdeutschen Beziehungen

Die folgenden Beispiele aus den Jahren 1977/78 beweisen: Im innerdeutschen Verhältnis gibt es nach wie vor keine echte Entspannung. Abgrenzung, Spannung und Stagnation herrschen vor. Die SPD/FDP-Regierung steht vor den Scherben ihrer hochgespannten Deutschlandpolitik. Das SED-Regime will nicht die Entspannung; es verweigert trotz KSZE die Menschenrechte für die Deutschen in der DDR.

Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag:

„Nicht wegen uns in der Bundesrepublik, sondern wegen seiner eigenen Herrschaftsmethoden bleibt das SED-Regime in Angst, wie noch jeder Diktator in der Geschichte in seiner Politik von Angst als entscheidendem Antrieb bestimmt war. Das ist der Teufelskreis, aus dem nie ein Unterdrücker in der Weltgeschichte herausgekommen ist und aus dem man auch keinem Unterdrücker heraushelfen kann.“

- 1976** Der Jahresbericht des Bundesgrenzschutzes für 1976 spricht von „einem deutlich härteren Kurs“ der DDR an der innerdeutschen Grenze und von „einer Konfrontation wie selten zuvor“. (Welt, 5. Januar 1977)
- Juni 1977** Verhaftung der DDR-Spione Lutze/Wiegel: Schwerster Verrat. Der Verfassungsschutzbericht (27. Juni 1977) hebt die fortdauernde Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch die Spionage-dienste des Ostblocks, insbesondere der DDR, hervor.
- 7. Oktober 1977** Schwere Tumulte in Ost-Berlin, bei denen politische Parolen gegen die Regierung und die Sowjetunion laut werden.
- 8. Oktober 1977** Die FAZ veröffentlicht eine Dokumentation mit dem Titel „Der politische Kleinkrieg gegen West-Berlin geht ohne Pause weiter“, in der die Aktionen der DDR und der Sowjetunion gegen das Vier-mächteabkommen für Berlin und die Lebensfähigkeit der Stadt aufgeführt werden.
- 1976—1977** Rund 30 Schriftsteller, Schauspieler, Maler, Musiker und Wissen-schaftler müssen die DDR verlassen, das sind weit mehr als in den Jahren 1963—1975. (FAZ, 30. August 1977)
- 1977** In ihrem Jahresbericht spricht „Amnesty International“ von „mehreren tausend Männern und Frauen“ die aus politischen Gründen in der DDR in Haft sind. Die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ nennt 7 000 Personen.
- 1977** Die DDR hat 1977 insgesamt 1 272 Westberlinern die Einreise nach Ost-Berlin oder in die DDR verweigert. (FAZ, 15. Februar 1978)
- Januar 1978** Der Spiegel veröffentlicht das „Manifest der ersten organisierten Opposition in der DDR“. (2./9. Januar 1978)
- 13. Januar 1978** Helmut Kohl und weitere 7 CDU-Bundestagsabgeordnete werden zurückgewiesen, als sie Ost-Berlin besuchen wollen.
- Januar 1978** Auf den Transitstrecken von und nach West-Berlin werden über 200 Reisende kontrolliert. Das sind 20mal mehr als sonst. (Spiegel, 7. Februar 1978)
- 3./4. Februar 1978** Unter großer Geheimhaltung fährt Staatsminister Wischnewski im Auftrag der Bundesregierung nach Ost-Berlin. Die schlecht vorbereitete Reise soll Bewegung in das innerdeutsche Verhältnis bringen. Sie ist ein totaler Mißerfolg. (Vgl. Spiegel, 6. Februar 1978)

- Ende März 1978** Nico Hübner wird verhaftet. Er hat sich unter Hinweis auf den entmilitarisierten Status von Ost-Berlin geweigert, Soldat in der Nationalen Volksarmee zu werden.
- Rudolf Bahro ist wegen seiner grundsätzlichen Kritik am SED-Regime immer noch im Gefängnis. Der Regimekritiker Prof. Havemann steht weiterhin unter verschärftem Hausarrest.
- 1. Mai 1978** Demonstrationen in Wittenberg gegen die Wirtschaftspolitik der DDR. Weil die westdeutschen Korrespondenten in der DDR darüber berichten, werden sie von den Behörden verwarnzt.
- 10. Mai 1978** Die „Vereinigung für Menschenrechte“ in Berlin nennt die Zahl von 10 500 politischen Gefangenen in der DDR. Bisher wurde eine Zahl von 6 000 bis 7 000 geschätzt.

Den 17. Juni als Nationalfeiertag begehen!

Der Berliner CDU-Abgeordnete Heinrich Lummer gibt in einem Beitrag für die Berliner Rundschau vom 23. März 1978 Anregungen, wie der 17. Juni in seiner Bedeutung als Nationalfeiertag gestärkt werden kann:

Den gesetzlichen Feiertag erhalten

Der 17. Juni als gesetzlicher Feiertag sollte in Zukunft unumstritten sein. Entspannungspolitik kann nicht dazu zwingen, die Geschichte zu verfälschen und die geistigen Grundlagen unseres Staates zu verleugnen. Der 17. Juni ist als Tag der deutschen Einheit unser nationaler Feiertag.

Den Tag der Einheit als Nationalfeiertag begehen

Wie in allen Ländern üblich, wird dieser Tag nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland entsprechend behandelt, d. h., daß z. B. die deutschen Botschaften anlässlich des 17. Juni Empfänge geben. Wir sollten keine Veranlassung haben, unsere Geschichte und unsere politischen Grundentscheidungen zu verleugnen.

Behandlung in den Schulen

In den Schulen sollte eine Vorbereitung auf diesen Tag erfolgen, indem die historischen Ereignisse vermittelt und besprochen werden.

Aufsatzwettbewerbe für Schüler

Länder oder Gemeinden sollten Aufsatzwettbewerbe veranstalten, die eine Auseinandersetzung mit dem 17. Juni zum Thema haben. Die jungen Menschen beklagen vor allem mangelnde Information über diesen Tag. Ein Aufsatzwettbewerb kann zur Wissensvermittlung und geistigen Auseinandersetzung anregen.

Dokumentarische Ausstellungen

Es kann keine nennenswerten Schwierigkeiten bereiten, wenn anlässlich des 17. Juni Ausstellungen mit dokumentarischem Charakter durchgeführt werden. Als Träger können Verbände, Schulen oder Gebietskörperschaften auftreten.

Herausgabe von Sonderwertzeichen

Wenn die Bundespost darauf verzichtet hat, die Herausgabe eines Sonderwertzeichens anlässlich des 17. Juni 1978 vorzubereiten, ist dies zutiefst bedauerlich. Die DDR hat noch 1958 einen Wertzeichenblock herausgegeben, der der Einheit gedachte. Der Text auf dem Block lautet: „Der Kampf um die nationale Wiedervereinigung ist Sache des ganzen deutschen Volkes. Es wird siegen, wenn es einig handelt.“

Darstellungsauftrag der Rundfunkanstalten

Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten haben eine besondere Aufgabe, die historischen Ereignisse des 17. Juni darzustellen. Dabei geht es nicht nur um sachgerechte Information für die Bevölkerung der Bundesrepublik, sondern auch für die Bevölkerung im anderen Teil unseres Landes. Der 25. Jahrestag sollte ausreichender Anlaß für angemessene Dokumentations- und Diskussionssendungen der ARD und des ZDF und des RIAS sein.

Die Durchführung angemessener Gedenkveranstaltungen

Auf Bundes- und Landesebene sollten Gedenkveranstaltungen in würdigem Rahmen möglichst auf überparteilicher Grundlage stattfinden.

Der 17. Juni als Tag der Wähler

Bei längerfristigen Überlegungen zur Reform des Wahlrechtes sollte nicht aus dem Auge verloren werden, daß sich der 17. Juni als Wahltag eignet, gerade auch wenn die Zusammenlegung verschiedener Landtagswahlen diskutiert wird.